

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte im Anschluss an TOP 3.

Der Bürgermeister begrüßte Herrn Krämer-Mandau (Projektgruppe Bildung und Region), der anhand einer Präsentation und unter Bezugnahme auf das Gutachten (Anlage zur Verwaltungsvorlage, DS.-Nr. 09/0155) in einem Vortrag die Schulentwicklung, das Ergebnis der Elternbefragung, mögliche Standorte für eine Gesamtschule sowie Fragen der Ratsmitglieder ausführlich erläuterte / beantwortete. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Protokollnotiz zu einer Nachfrage von Frau Roitzheim:

Auf die Bonner Privatschulen gehen im kommenden Schuljahr 35 Schülerinnen und Schüler.

Herr Krämer-Mandau verdeutlichte, dass neben der Entscheidung der Standortfrage insbesondere die Zügigkeit einer künftigen Gesamtschule vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf die bestehende Schullandschaft einer besonders sorgfältigen Abwägung bedürfe.

Nach einer Sitzungsunterbrechung gaben die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU, SPD, Herr Wagner und Herr Knülle, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Metz, sowie Herr Kammel für die FDP-Fraktion und Herr Köhler Statements zu der anstehenden Entscheidung ab.

Seitens der **CDU-Fraktion** werde der Elternwille für eine Gesamtschule anerkannt, auch wenn die CDU-Fraktion kein Verfechter der Gesamtschule sei. Der Elternwille sei über parteiideologische Interessen zu stellen. Hierfür sei eine Elternbefragung mit initiiert und der Durchführung zugestimmt worden. Das Ergebnis werde respektiert und die sich daraus ergebenden Konsequenzen mitgetragen. Die Errichtung einer Gesamtschule neben dem bestehenden Schulsystem sei seitens der Eltern gefordert worden und werde von der CDU-Fraktion als Erweiterung des bestehenden Angebotes verstanden. Nicht zugelassen werde eine Bestandsgefährdung der vorhandenen Schulformen durch eine überdimensionierte Gesamtschule, da dies eine Einschränkung des Wahlangebotes bedeute. Aus diesem Grund spreche sich die CDU-Fraktion für eine vierzügige Gesamtschule aus; die anderen Schulformen könnten in diesem Fall – auch bei zurückgehenden Schülerzahlen – weiterhin bestehen bleiben. Eine Errichtung der Gesamtschule in Ganztagsform werde angestrebt. Entsprechende Anträge des Bürgermeisters und der Verwaltung werden unterstützt. Er wies darauf hin, dass die Beschlusslage der Landesregierung einen Ganztagsbetrieb zur Zeit nicht zulasse. Ersatzweise werde daher der Antrag für eine Gesamtschule im Halbtagsbetrieb unterstützt. Die Gesamtschule für Sankt Augustin müsse ein Erfolgsmodell werden.

Ein Neubau sei insbesondere aus finanziellen Gründen nicht leistbar. Auch bei einem bestehenden Standort entstünden erhebliche Kosten. Dabei dürften Maßnahmen für Ausstattung, Erweiterung und Sanierung der übrigen Schulen nicht zu kurz kommen. Die von der Standortfrage betroffenen Schulen würden nicht geschlossen, sondern es werden ab dem Schuljahr 2010/2011 keine neuen Schüler aufgenommen und keine Eingangsklassen mehr gebildet. Alle vorhandenen Schulkinder könnten ihren vorgesehenen Abschluss machen. Herr Wagner gestand ein, dass der Prozess des Auslaufens einer Schulform, insbesondere in den letzten Schuljahren, nicht spurlos erfolge. Die CDU-Fraktion werde diesen Prozess mit größter Aufmerksamkeit begleiten und alle Einflüsse auf Ebene der Bezirks- und Landesregierung in

Bezug auf den Lehrerbestand und Unterrichtsgarantie geltend machen.

Zur Standortfrage spreche sich die CDU-Fraktion für das Schulzentrum Menden aus. Dieser Standort greife am wenigsten in das gut funktionierende Schulsystem in Sankt Augustin ein. Ein Votum über die Qualität der bestehenden Haupt- und Realschule sei damit nicht verbunden. Das hohe Niveau dieser beiden Schulen werde ausdrücklich betont. Das attraktive Angebot für Eltern und Schüler könne bei dem Standort im Schulzentrum Menden beibehalten werden.

Abschließend wies Herr Wagner darauf hin, dass einzelne Mitglieder der CDU-Fraktion in der nachfolgenden Abstimmung ihr Recht auf freie Mandatsausübung in Anspruch nehmen.

Für die **SPD-Fraktion** habe die anstehende Entscheidung für die Schullandschaft in Sankt Augustin sowie die Entwicklung der Stadt eine große Bedeutung. Für die Durchführung einer Elternbefragung und die Einrichtung einer Gesamtschule sei viele Jahre gekämpft worden. Die anstehende Entwicklung werde begrüßt. Die Position der SPD-Fraktion werde durch das Ergebnis der Elternbefragung untermauert. Dem Elternwillen müsse eine klare Antwort der Politik folgen. Der nur kurze Entscheidungsprozess sei u.a. auch darauf zurückzuführen, dass die Gesamtschulthematik bei früheren Beratungen zur Schulentwicklungsplanung nicht berücksichtigt wurde.

Die SPD-Fraktion spreche sich vor dem Hintergrund des abgegebenen Versprechens für den Erhalt der bestehenden Schullandschaft für die Einrichtung einer vierzügigen Gesamtschule aus.

Einen gemeinsamen Standort mit einem Gymnasium könne sich die SPD-Fraktion für eine Gesamtschule nicht vorstellen. Die Möglichkeit, auch im Stadtteil Menden ein Abitur erreichen zu können, werde als hohes Gut angesehen. Daher werde das Schulzentrum Menden als geeigneter Standort angesehen. Ein Neubau sei aus finanziellen Gründen nicht möglich. Auch wegen der zurückgehenden Schülerzahlen und damit einhergehender Leerstände komme als Standort nur eine bestehende Schule in Betracht. Er betonte, dass die jetzigen Schüler der Haupt- und Realschule Menden ihren vorgesehenen Abschluss machen können. Die SPD-Fraktion habe Verständnis für die Unmutsbekundungen der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer. Herr Knülle äußerte die Hoffnung, dass auch bei den jetzt Betroffenen bei einer rückwirkenden Betrachtung in einigen Jahren die jetzige Entscheidung als die richtige angesehen werde.

Die SPD-Fraktion erhoffe sich, gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Rat die Landesregierung bewegen zu können, einen Ganztagsbetrieb an der künftigen Gesamtschule zu ermöglichen.

Nur gemeinsam könne die Schullandschaft im Hinblick auf das Leitziel „Wissenstadt plus“ vorangetrieben werden. Daher müsse auch in die bestehenden Schulen mehr investiert werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach sich ebenfalls für einen Standort der künftigen Gesamtschule am Schulzentrum Menden aus.

Es sei bundesweit ein Umbruch in der Schullandschaft zu verzeichnen. Dem könne sich die Stadt Sankt Augustin nicht verschließen. Die Gründe hierfür lägen im demografischen und sozialen Wandel sowie in der Bildungsmisere.

Die Politik müsse den klaren Willen der Eltern berücksichtigen, der zur Einrichtung einer Gesamtschule verpflichte. Hierin werde eine Chance für die Stadt gesehen.

Unter den momentan gegebenen Rahmenbedingungen plädiere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine vierzügige Gesamtschule. Dabei komme ein Neubau aus den bereits genannten Gründen nicht in Betracht.

Der Standpunkt der FDP-Fraktion (kein Neubau, kein Eingriff in eine bestehende Schule) könne nicht nachvollzogen werden. Er bat hierzu um Erläuterung, wie dem Elternwillen Rechnung getragen werden könne.

Die Standortfrage sei auf Grundlage sachlicher Fakten abgewogen worden. Für das Schulzentrum Menden spreche der bereits bestehende Bedarf an baulichen Veränderungen sowie Erweiterungsmöglichkeiten. Darüber hinaus werde für die Bereiche Menden und Meindorf eine gymnasiale Oberstufe ermöglicht. Ein Zusammenlegen von Gymnasium und Gesamtschule entspreche nicht der städtischen Struktur. Hinsichtlich des Auslaufens der bestehenden Haupt- und Realschule Menden schließe sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den vorherigen Statements an. Einen Umbruch ohne Übergangsphase gebe es nicht.

Mit einer Gesamtschule und dem geplanten Neubau der Sportstätten in Menden eröffne sich für den Schulstandort Sankt Augustin eine neue Perspektive.

Ein Ganztagsangebot an der neuen Gesamtschule werde ebenfalls unterstützt. Kreative Lösungen seien erforderlich, wenn dies nicht kurzfristig umgesetzt werden könne.

Im Namen aller Fraktionen dankte er Herrn Krämer-Mandau für die fachkompetente Begleitung in dem Prozess.

Die **FDP-Fraktion** resümierte, dass entsprechend ihrer Vorwarnungen mit der jetzt anstehenden Entscheidung gravierend in die Schullandschaft eingegriffen werde. Diese Situation sei von der FDP-Fraktion weder gewollt noch werde sie hierfür Verantwortung übernehmen. Die Haltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde respektiert.

Die Zustimmung zur Elternbefragung seitens der CDU-Fraktion sei jedoch nur aus wahltaktischen Gründen erfolgt. Die FDP-Fraktion spreche sich klar gegen eine Gesamtschule aus. Dabei berücksichtige die FDP-Fraktion den Willen der Eltern mit Kindern in den aufzulösenden Schulen. Diese hätten für eine längere Zeit gravierende Nachteile, wie Umbauten, Wechsel in der Lehrerschaft und Schulleitung, hinzunehmen.

Finanzielle Belastungen für die Errichtung der Gesamtschule würden zu Lasten der bestehenden Schulen gehen. Eine Gesamtschule könne zudem nach Aussage des Schulministeriums nicht im Ganztagsbetrieb geführt werden. Einer Bevorzugung des Ganztagsbetriebs in der Gesamtschule werde darüber hinaus widersprochen. Zunächst sei dieser in den bestehenden Schulen einzurichten.

Dem Zerschlagen einer funktionierenden Schule in Sankt Augustin werde die FDP-Fraktion weder zustimmen noch sich daran beteiligen. Den aufzulösenden Schulen sichere die FDP-Fraktion Unterstützung im Kampf um ihr Weiterbestehen zu.

Herr Köhler bedauerte die Haltung der FDP-Fraktion vor dem Hintergrund der Elternbefragung und dem hierzu vorgestellten Gutachten. Eine positive Stimmung aller Beteiligten sei wünschenswert. Der Elternwille hätte bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt abgerufen werden können.

Bei der Entscheidung sei auch der Wille der Eltern zu berücksichtigen, die sich eine dreigliedrige Schullandschaft in der bisherigen Form wünschen. Daher spreche er sich im Rahmen der Interessenabwägung für eine vierzügige Gesamtschule aus. Dies stelle den geringst möglichen Eingriff in das bestehende System dar. Spätere Notwendigkeiten, auch unter Berücksichtigung der Nachbarkommunen, müssten im Auge behalten werden. Als Standort sprach er sich für das Schulzentrum Menden aus.

Eine Einrichtung im Ganztagsbetrieb erachte er als wichtig. Entsprechende Anträge müssten vehement aus dem politischen Raum unterstützt werden.

Abschließend bezog der **Bürgermeister** zu der anstehenden Entscheidung Stellung. Er erachte die Entscheidung für diesen Standort als die sinnvollste. Die grundsätzliche Einrichtung einer Gesamtschule sehe er auf Grund des Elternwillens als selbstverständlich umzusetzende

gesetzliche Forderung an. Er bedauere, dass hiervon die Haupt- und Realschule Menden betroffen sind. Für die Zukunft der Stadt sei es jedoch eine gute und richtige Entscheidung.

Er bedankte sich für die sachliche und verantwortungsvolle Diskussion, die überwiegend außerhalb wahltaktischer Manöver stattgefunden habe.

Das differenziert vorliegende Umfrageergebnis der Elternbefragung sei auf die außerordentlich gute Unterstützung und Beratung von Herrn Krämer-Mandau zurückzuführen, dem er im Namen der Verwaltung seinen Dank aussprach.

Herr Krämer-Mandau attestierte dem Rat eine hervorragende sachliche Diskussion in der Angelegenheit. Er beglückwünschte den Rat zu der im überwiegenden Konsens entschiedenen, hochstrittigen Frage einer Gesamtschuleinrichtung.

Anschließend fasste der Rat folgende Beschlüsse: